

V-5 Solidarität statt Rechtspopulismus: Für eine diskriminierungsfreie Sprache im Wahlkampf!

Gremium: Länderrat
 Beschlussdatum: 14.12.2024
 Tagesordnungspunkt: TOP 4 Verschiedene Anträge

Antragstext

1 Am 23. Februar wird ein neuer Bundestag gewählt. Als Grüne Jugend stellen wir
 2 uns einem sprachlichen Überbietungswettkampf von rechts entschieden entgegen.
 3 Wenn ein sozialdemokratischer Bundeskanzler im "großen Stil" abschieben möchte
 4 und ein CDU-Kanzlerkandidat durch rassistische Aussagen wie der von einem
 5 vermeintlichen "Sozialtourismus" von Geflüchteten nach Deutschland auffällt,
 6 müssen Vertreter*innen von Bündnis 90/Die Grünen sich dem klar entgegenstellen.
 7 Dass solche Aussagen, die der CDU-Kanzlerkandidat getroffen hat, klar
 8 rassistisch sind, ist nicht zu leugnen. Das sollte allgemein und auch von allen
 9 Grünen anerkannt werden. Jede demokratische Partei hat eine große Verantwortung,
 10 den politischen und gesellschaftlichen Diskurs mitzugestalten. Sprache schafft
 11 Realität. Wir erleben seit Monaten einen massiven Rechtsruck in der politischen
 12 Debatte, der insbesondere marginalisierte Menschen stark trifft. Gleichzeitig
 13 nimmt die Zustimmung zu islamfeindlichen und antisemitischen Aussagen in der
 14 Gesellschaft stark zu. Wir fordern die Grünen, insbesondere
 15 Funktionsträger*innen, dazu auf, diskriminierungsfreie Sprache zu verwenden und
 16 keine rechtspopulistischen Erzählungen aufzugreifen. Gerade mit Blick auf den
 17 Wahlkampf ist das besonders wichtig. Wir als Grüne Jugend stehen für eine
 18 Zukunft, in der alle Menschen sicher, selbstbestimmt und diskriminierungsfrei
 19 leben können und in der alle Menschen, die Schutz suchen, auch Schutz bekommen.
 20 Aktuell sehen wir oft, wie Politiker*innen demokratischer Parteien
 21 rechtspopulistische Narrative aufgreifen, insbesondere in der Migrationspolitik
 22 und Queerpolitik. In den vergangenen Wochen haben auch Vertreter*innen der
 23 Partei Bündnis 90/Die Grünen mehrfach Aussagen getätigt, die für uns als Grüne
 24 Jugend inakzeptabel sind.

25 Ein Beispiel hierfür ist die Verwendung des Slogans: "Make Green Great Again".
 26 Wir können nicht nachvollziehen, warum der zentrale Wahlkampfsspruch einer Person
 27 übernommen wird, die frauenfeindliche, klimaskeptische, ableistische,
 28 queerfeindliche und faschistische Positionen vertritt, um für die grüne Partei
 29 zu werben. Das ist inakzeptabel! Durch die Übernahme solcher Slogans stärkt man
 30 die Narrative der Urheber*innen. Wir haben es nicht nötig, uns vermeintliche
 31 Erfolgsstrategien von Trump abzuschauen. Wir fordern daher eine klare

32 Entschuldigung und eine eindeutige Abgrenzung von derartigen Aussagen.

33 Ein weiteres Beispiel ist die Reduktion von Schutzsuchenden und
34 Asylbewerber*innen auf Personen, die in Deutschland "ihr Glück suchen" und die
35 "wir gebrauchen können" z.B. weil sie für uns in Pflegeheimen arbeiten sollen.
36 Viele Menschen suchen in Deutschland und Europa nicht einfach nur eine neue
37 Arbeitsstelle, sondern Schutz vor politischer Verfolgung und Krieg! Diese
38 Tatsache sollte in jedem grünen Interview über Asyl- und Migrationspolitik
39 gewürdigt werden. Menschen nur auf ihre Nützlichkeit zu reduzieren, ist
40 entmenschlichend. Wenn im selben Atemzug von Rechten gesprochen wird, die
41 "verwirkt werden", dann müssen wir als Grüne Jugend dem entschieden
42 entgegentreten und sagen: "Das Recht auf Asyl ist ein Menschenrecht. Ein
43 Menschenrecht kann nicht verwirkt werden!" Aussprüche von Rechten, die
44 "verwirkt" würden, erinnern an das rechte Narrativ vom "verwirkten Gastrecht".
45 Menschen, die in Deutschland Schutz suchen und sich hier ein Leben aufbauen,
46 sind keine Gäst*innen, die wir nach Belieben rausschmeißen können. Sie sind
47 unsere Mitmenschen und dementsprechend sollten wir sie auch in unserer Sprache
48 behandeln! Auch hier erwarten wir eine deutliche Entschuldigung und eine
49 Distanzierung von dieser Sprache.

50 Noch ein Beispiel ist ein Post einer Spitzenpolitikerin auf der Plattform "X",
51 in dem als Reaktion auf den Anschlag von Solingen gesagt wird, man habe ja zum
52 Glück schon geregelt, dass Abschiebungen auch nachts und ohne Vorankündigung
53 stattfinden können. Hier wird eine aus unserer Sicht problematische Verknüpfung
54 von Sicherheitspolitik und Migrationspolitik hergestellt. Diese Verknüpfung
55 schürt rassistische Vorurteile gegen geflüchtete Menschen und stellt sie unter
56 Generalverdacht. Zudem bedeuten nächtliche und unangekündigte Abschiebungen ein
57 retraumatisierendes Erlebnis für die Betroffenen. Dass der Post inzwischen
58 gelöscht wurde, reicht nicht aus. Es braucht auch hier eine Entschuldigung für
59 die Verwendung rassistischer Narrative.

60 Darüber hinaus verurteilen wir, dass in einem Antrag zur 50. BDK, der von
61 zahlreichen grünen Spitzenpolitiker*innen unterstützt wurde, neben vielen
62 inhaltlichen Punkten, die wir als Grüne Jugend ablehnen - wie der Auslagerung
63 von Asylverfahren in Drittstaaten - von der "Reduzierung ungesteuerter
64 Zuwanderung" geschrieben wird. Das Narrativ von Migration als vermeintlich
65 ungesteuerter "Gefahr", die "reduziert" werden müsse, lehnen wir ab, da auch
66 hier unschuldige Menschen unter Verdacht gestellt und entmenschlicht werden.
67 Migration ist eine Realität und sie kann nicht ohne massive
68 Menschenrechtsverstöße "reduziert" werden. Wir als Grüne Jugend treten diesem
69 Narrativ entschieden entgegen.

70 Ableismus bleibt ein tief verwurzelt Problem in politischen Debatten und
71 gesellschaftlichen Strukturen. Wir setzen uns geschlossen gegen jede Form der
72 Diskriminierung aufgrund von Behinderungen, chronischen Erkrankungen oder

73 neurodiversen Merkmalen ein. Gleichzeitig fordern wir Bündnis 90/Die Grünen dazu
74 auf, sich aktiv mit Ableismus auseinanderzusetzen, um diskriminierende
75 Strukturen in der Partei und im öffentlichen Diskurs zu erkennen und abzubauen.
76 Es ist essenziell, dass ableistischer Sprache und Handlungen in politischen
77 Diskussionen entschieden widersprochen wird. Die Lebensrealitäten von Menschen
78 mit Behinderungen, chronischen Erkrankungen und neurodiversen Menschen finden in
79 politischen Debatten nach wie vor zu wenig Beachtung. Ihre Perspektiven und
80 Erfahrungen müssen sichtbar gemacht und in den Mittelpunkt gestellt werden. Wir
81 als Grüne Jugend sehen es als unsere Verantwortung, uns konsequent für ihre
82 Rechte einzusetzen und dafür Plattformen zu schaffen, auf denen sie ihre
83 Anliegen selbstbestimmt vertreten können. Der Bundesvorstand der Grünen Jugend
84 wird zudem aufgefordert, sicherzustellen, dass künftige Wahlkampagnen möglichst
85 barrierefrei gestaltet sind. Dies umfasst sowohl physische als auch digitale
86 Barrierefreiheit sowie die Vermeidung ableistischer Sprache und Darstellungen.

87 Bündnis 90/Die Grünen müssen für einen Politikstil stehen, der für alle Menschen
88 da ist und den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Demokratie stärkt.
89 Bündnisgrüne Politik muss sich daran messen lassen, wie viel Sicherheit sie für
90 marginalisierte Gruppen bietet. Eine antirassistische Sprache kann hier nur
91 einen Anfang darstellen.